

Aktionsbündnis „Wir werden laut“

Poststraße 12
40213 Düsseldorf

Bundesministerin für Gesundheit

Nina Warken

Bundesministerium für Gesundheit
11055 Berlin

Offener Brandbrief



Zur Vergütung der Liposuktion als ambulante Kassenleistung bei Lipödem

Sehr geehrte Frau Bundesgesundheitsministerin Warken,

nach Jahren des unermüdlichen Kampfes von Betroffenen, Selbsthilfegruppen sowie behandelnden Ärztinnen und Ärzten wurde die Anerkennung der Liposuktion als Leistung der gesetzlichen Krankenversicherung als ein Meilenstein gefeiert.

Für tausende Frauen bedeutete diese Entscheidung endlich Hoffnung: die Hoffnung, dass ihr Leiden ernst genommen wird und eine wirksame Therapie nicht länger vom eigenen Vermögen abhängig ist.

Doch diese Hoffnung droht bereits in ihren Anfängen zerstört zu werden.

Mit der vorgesehenen Vergütung der ambulanten Liposuktion wird ein Anspruch geschaffen, der in der Realität kaum umsetzbar ist. Eine Erstattung von maximal rund 1.000 Euro – bei kleineren Eingriffen sogar deutlich weniger – ignoriert die tatsächlichen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen einer fachgerechten, sicheren und qualitätsgesicherten Operation.

Die Realität in den Praxen und OP-Zentren ist eindeutig: Allein die Kosten für Personal, OP-Ausstattung, Hygiene, Material, Medikamente, Technik, Dokumentation und Organisation können diese Beträge erreichen oder sogar überschreiten. Kosten für Investitionen, die Vorhaltung eines modernen Operationsbereichs sowie eine wirtschaftlich tragfähige Praxisführung sind dabei noch nicht einmal angemessen berücksichtigt.

Eine Versorgung nur auf dem Papier?

Daher stellen wir die Frage mit aller Deutlichkeit:

Wie konnte eine Vergütung beschlossen werden, die bereits auf den ersten Blick nicht geeignet ist, eine flächendeckende Versorgung sicherzustellen?

Soll hier tatsächlich eine Versorgung geschaffen werden – oder lediglich der Eindruck einer Versorgung entstehen?

Ein gesetzlicher Anspruch, den Patientinnen in der Praxis kaum einlösen können, ist kein Fortschritt. Er ist eine Mogelpackung auf Kosten der Betroffenen.

Die Geduld der Betroffenen ist erschöpft

Frau Ministerin, die Frauen mit Lipödem wurden über Jahre vertröstet. Sie haben gekämpft, demonstriert, ihre Krankengeschichten öffentlich gemacht und sich gegen Vorurteile sowie Unverständnis durchgesetzt.

Es wäre ein gesundheitspolitischer Skandal, wenn genau jene Frauen nun erneut vor verschlossenen Türen stehen würden – diesmal nicht wegen einer fehlenden Anerkennung ihrer Erkrankung, sondern aufgrund einer unrealistischen Finanzierung der Behandlung.

Unsere Forderung

Wir fordern Sie daher mit allem Nachdruck auf, unverzüglich tätig zu werden und eine realistische, kostendeckende Vergütung der ambulanten Liposuktion sicherzustellen.

Wir werden nicht akzeptieren, dass aus einem historischen Erfolg eine Farce wird.

Sollte keine schnelle Korrektur erfolgen, werden wir die Öffentlichkeit informieren, Medien und politische Entscheidungsträger einbinden und gemeinsam mit Selbsthilfegruppen in ganz Deutschland unseren Protest sichtbar machen.

Die Zeit stiller Gespräche ist vorbei.

Die Stimmen der Betroffenen werden erneut laut werden – und sie werden nicht zu überhören sein.

Die Frauen mit Lipödem haben lange genug gewartet. Sie verdienen keine symbolischen Entscheidungen und keine Versprechen auf dem Papier. Sie verdienen eine Versorgung, die tatsächlich existiert.

Unsere Erwartung

Wir erwarten Ihr persönliches Eingreifen sowie eine klare Stellungnahme zu dieser Fehlentwicklung.

Mit freundlichen Grüßen

Aktionsbündnis „Wir werden laut“

gez. Dr. Olaf Deling

gez. Carsten Kerkhoff